

Barbara Fried, Christina Kaindl und Morus Markard

## Psychologie an der FU Berlin: Modell für die Einsparung bzw. Entsorgung kritischer Wissenschaft?<sup>1</sup>

Hintergrund unseres – in einer Reihe von Aspekten studentische Interessen und Sichtweisen akzentuierenden – Beitrages ist die Ersetzung von Universitätspolitik bzw. universitärer Planung durch Sparzwänge. Uns geht es in diesem Kontext darum zu zeigen, welche wissenschaftspolitischen Effekte diese Substitution haben kann, eben die Entsorgung kritischer, etwa *marxistischer* oder *feministischer* Ansätze. Diese wissenschaftspolitischen Effekte wollen wir am Beispiel der FU-Psychologie aufzeigen.<sup>2</sup> Da wir die Berücksichtigung des *Zusammenhangs* von *Wissenschaftsentwicklung* und *Wissenschaftspolitik* für wesentlich halten, müssen wir auch einiges zur Situation der *Psychologie*, und zwar der Psychologie als einer in Inhalt wie gesellschaftlicher Funktion problematischen und umstrittenen Wissenschaft sagen: Nach unserer Auffassung wird die Problematik der *Institution* FU-Psychologie bzw. der institutionellen Verfaßtheit der Psychologie erst verständlich, wenn man sich die allgemeine Situation der *Disziplin* »Psychologie« vor Augen führt. Wir haben unseren Beitrag deshalb folgendermaßen gegliedert:

- Im ersten Teil geht es um eine Skizze der genannten Problematik des Faches »Psychologie«, soweit diese zum weiteren Verständnis der wissenschaftspolitischen Entwicklung erforderlich ist.
- Dann soll gezeigt werden, welche institutionelle Form der Psychologie in der Universität angemessen ist, und wie die unterschiedlichen Sichtweisen auf das Fach auch mit unterschiedlichen Vorstellungen seiner institutionellen Existenzweise zusammenhängen. Dies soll an Formen demokratische Wissenschafts- und Ausbildungspraxis erläutert werden, die sich am Psychologischen Institut der FU herausgebildet haben und die jetzt Gegenstand zum Teil massiver wissenschaftspolitischer Auseinandersetzung sind.
- Schließlich wollen wir den aktuellen Stand dieser Auseinandersetzung schildern und daran Aspekte herausheben, die uns auch für andere relevant erscheinen.

### I.

Zunächst also zur Lage der Psychologie. Bei einer Annäherung daran ist allerdings Vorsicht geboten, wenn man folgende Einschätzung bedenkt, die in der Einleitung zu einem Band der Werkausgabe von Kurt Lewin, eines der wohl einflußreichsten Psychologen dieses Jahrhunderts, von A. Métraux (1981, 24f.) formuliert ist: »Die Expansion (der Psychologie) geht, was Vielfalt und Komplexität

psychologischer Theorien betrifft, inzwischen derart weit, daß ein Vertreter dieses Fachs nur in einer Anwendung von Verwegenheit oder aus schierer Unwissenheit von sich behaupten könnte, die Psychologie zu kennen«.

Auf welche Wissenschaft, mag man einwenden, trifft das nicht zu? Uns geht es hier aber nur um einen psychologie-spezifischen, allerdings zentralen Aspekt dieser Vielfalt und Komplexität, daß nämlich die Psychologie bis heute nicht über ein allgemein akzeptiertes Paradigma, das heißt einen Bestand von Grundkonzepten und entsprechenden methodologischen Vorstellungen verfügt, und daß sie, was mancher nicht so gerne hört, in Inhalt und Funktion grundsätzlich umstritten ist, und zwar ihre ganze Geschichte hindurch, von Beginn an bis heute.

Am deutlichsten kommt dies in den expliziten Krisendiagnosen zum Ausdruck, die die Geschichte der Psychologie seit 1898 in beeindruckender Regelmäßigkeit durchziehen (vgl. Herzog, 1984, Maiers 1998). Schon 1874 beklagte Franz v. Brentano das Fehlen eines – wie man heute sagen würde – Paradigmas in der Psychologie und schrieb: »An die Stelle der Psychologien müssen wir eine Psychologie zu setzen trachten.« (vgl. Herzog a.a.O., 22) Wie wenig dies bis heute gelungen ist, zeigt ein Blick in ein 1989 erschienenes Themenheft des »European Journal of Social Psychology«, in dem es heißt (341), daß die (dort Ende der 60er Jahre lokalisierte) Krise der Sozialpsychologie sich in eine Aufspaltung der Disziplin aufgelöst habe – was allerdings nur mehr oder weniger unsensiblen Krisenmanagern als wissenschaftlich tragfähige Lösung erscheinen kann: Immerhin wird hier als Lösung ausgegeben, was das so hartnäckige Problem darstellt. Wie auch immer: Zwischen diesen beiden mehr als ein Jahrhundert umfassenden Daten liegen Krisendiagnosen bedeutender Psychologen, die nur aufzuzählen hier zu weit führen würde.

Einerlei nun, ob man mit dem amerikanischen Psychologiehistoriker Koch (1976, 477) meint, »Krise« sei für die Psychologie »endemisch«, also, auf gut Deutsch, ein »Dauerbrenner«, oder ob man mit Métraux (a.a.O., 27f.) die Frage stellt, ob die Begrifflichkeit dieser Disziplin gar so unentwickelt sei, daß sie noch gar nicht reif dafür sei, in eine »Krise« geraten zu können, oder ob man aus anderen Gründen die Probleme und Spaltungen der Psychologie nicht mit dem Wort »Krise« charakterisieren möchte – man kann aber wohl kaum ungeübt die Auffassung vertreten, in den Auseinandersetzungen der Psychologie-Entwicklung hätten sich – im Sinne einer begrifflich und methodisch ausgewiesenen kumulativen Erkenntnisentwicklung – jeweils die besseren Argumente in Richtung auf eine ausgewiesene Lösung ihrer Problembestände durchgesetzt. Um es aber schon jetzt zu sagen: *Ein zentrales Problem der Psychologie an der FU besteht darin, daß eine Reihe ihrer Vertreter sich dieser Problematik unzureichend stellt und sich im Hochglanz ihrer Selbstdarstellungs-Broschüren sonnen zu können meint.* Damit schwimmen sie allerdings durchaus im mainstream des Faches: Die Verdrängung der Krisenhaftigkeit der Disziplin gehört durchaus zu

deren »Standard« (als dessen Repräsentanten sich eben diese Vertreter gern ausgeben).

Grundlegend für die Krisendiagnosen scheint uns zu sein, daß in der Psychologiegeschichte für die Disziplin grundlegende Kontroversen inhaltlich unerledigt blieben, was sich an der bis in das 19. Jahrhundert zurückgehenden Auseinandersetzung um die Natur- bzw. Geisteswissenschaftlichkeit der Psychologie zeigen ließe – wobei hier im übrigen »Naturwissenschaft« zu einem prestigeträchtigen binnenpsychologischer Kampfbegriff zur ideologischen Stützung des experimentell-statistischen Schemas in der Psychologie degenerierte, der zum Verständnis des Verhältnisses von Natürlichkeit und Gesellschaftlichkeit menschlicher Existenz kaum etwas beitragen kann (vgl. Maiers 1992).

Diese Problematik der Psychologie ist für sich genommen vielleicht noch nicht unbedingt eine Katastrophe. In der Psychologie der Bundesrepublik wird das Problem aber dadurch verschärft, daß diese immer wieder schwelende Auseinandersetzung im Zuge des sog. Methodenstreits Mitte/Ende der 50er Jahre letztlich so entschieden wurde, daß die sich als »naturwissenschaftlich« mißverstehende Fraktion sich durch- und die psychologischen Lehrstühle besetzte und die Institute weitgehend säuberte. Dies führte zwar zu der nach wie vor bestehenden institutionellen Vormachtstellung dieser Richtung, bedeutet aber nicht, daß damit die Frage nach einer inhaltlichen Begründung der Psychologie »einheitlich« beantwortet worden wäre.

Das Krisenmanagement, unerledigte Fragen der Psychologie mit deren Spaltung zu bewältigen und einen Teil aus den Universitäten zu drängen, reproduziert allerdings den verdrängten Widerspruch nur (vgl. Markard 1991a): In vielfältigen Formen taucht er immer wieder auf, so z.B. im Verhältnis der experimentell-statistisch orientierten grundwissenschaftlichen Psychologie und der einzelfallbezogenen klinischen Praxis (ein Umstand, der im problematischen Verhältnis von Grund- und Hauptstudium wiederkehrt [vgl. Holzkamp, 1983]); oder in den Kontroversen um quantitative und qualitative Methoden bzw. in der nicht verstummenden methodologischen Grundkritik an der experimentell-statistischen Orientierung als dem Königsweg in der Psychologie; oder ganz direkt in den auch anderswo geführten Debatten um das Verhältnis von »Handeln« und »Verhalten«; organisatorisch zeigte sich das Problem etwa in der (1991 erfolgten) Gründung einer »Neuen Gesellschaft für Psychologie« als Gegengesellschaft zur dominierenden »Gesellschaft für Psychologie«. Hinzuzufügen wäre, daß auch das faktisch unverbundene Nebeneinander von akademischer Psychologie und Psychoanalyse, das im großen und ganzen das Verhältnis dieser beiden psychologischen Grundorientierungen bestimmt, als Ausdruck der geschilderten Gebrochenheit in der Psychologie gesehen werden kann. Schließlich treffen wir diese Problematik in der psychologischen Praxis wieder, in der – das ist der Psycho-Boom – die KlientInnen mit einer immerhin dreistellige Zahl verschiedenster Ansätze sich konfrontiert sehen, die

unverbunden nebeneinander stehen bzw. auf abenteuerliche Weise kombiniert werden. So heißt es in einem Buch über psychologische Praxis: »Der Therapeut ... charakterisiert sich als überwiegend (!) kommunikationstheoretisch ausge richtet, mit verhaltenstherapeutischen Vorgehensaspekten sowie tiefenpsychologischen Denkansätzen«. (vgl. Breuer & Heeg, 1987, 89) Das ist in etwa so, als wenn ein Astronom sagen würde: »Ich bin ein vorwiegend kopernikanisch orientierter Astronom mit ptolemäischen Vorgehensaspekten und astrologischen Denkansätzen«. In der Psychologie kann man so etwas gegenwärtig theoretisch und methodologisch gefahrlos sagen.

Folge des Umstandes, daß die Psychologie bislang nicht über ausgewiesene begriffliche Grundlagen verfügt, ist, daß zwischen den verschiedenen Strömungen wesentliche Fragen des Faches ungeklärt sind. Für eine sich empirisch verstehende Wissenschaft, die die Psychologie für die überwältigende Mehrheit ihrer Vertreter ja nun ist, hat das auch die äußerst problematische Konsequenz, daß Theorien und empirische Befunde nicht verbindlich aufeinander zu beziehen sind. Darin dürfte auch der Grund dafür liegen, daß neu aufkommende psychologische Theorien nicht deshalb für eine bestimmte Zeit die Zeitschriften füllen, weil die alten sich als wissenschaftlich überholt erwiesen haben, sondern weil neue »Moden«, so der Mannheimer Ordinarius Herrmann, die »scientific community« umorientieren.

Mit dieser begrifflichen Unklarheit dürften auch die niederschmetternden Resümees vermittelt sein, die bezüglich einer der Bastionen der akademischen Psychologie gezogen wurde, der Lerntheorien (vgl. dazu auch Holzkamp 1993). Weinert (1969, 56), der übrigens einer Kommission zur Neustrukturierung der Psychologie in Berlin vorstand, resümiert 50 Jahre Lernforschung so, daß »die Lerntheoretiker offenbar die einzigen Menschen sind, von denen angenommen werden kann, daß sie praktischen Nutzen aus den Lerntheorien gezogen haben.« Ähnlich heißt es, um ein weiteres Beispiel anzuführen, bei v. Hentig (1985, 134): »Die Lernzielbestimmungen, -hierarchisierungen, -dimensionierungen, -operationalisierungen, die interessanten, differenzierten und plausiblen Taxonomien, die input/output, stimulus/response und Sender/Empfänger-Modelle, die Spiel-, Entscheidungs- und kybernetischen Theorien, die Aktions-, Interaktions- und symbolischen Interaktionssysteme, die Unterscheidungen von geschlossenen, offenen und situativen Curricula – sie alle waren für die praktische Unterrichtsarbeit – auch für ihre Planung – entbehrlich.«

Die institutionelle Durchsetzung und Entfaltung des psychologischen mainstream hatte jedenfalls keineswegs zur Folge, daß die Psychologie aus ihrer grundsätzlichen Problematik, in begrifflichen Grundlagen und methodologischen Orientierungen ungeklärt zu sein, herausgeführt worden wäre. *Die Krise ist vielmehr bislang die Existenzweise der durch und durch problematischen Wissenschaft »Psychologie« und das heißt in unserem Zusammenhang: Ihre institutionelle Vereindeutigung bzw. Festlegung in Richtung auf eine ihrer Orientierungen kommt einer Verleugnung und Verdrängung der Krisenhaftigkeit dieser Disziplin gleich.*

Der Lage der Psychologie als eines universitären Faches entspricht auch ihre

Lage als außeruniversitärer Beruf. Es ist weitestgehend unklar, was psychologische Kompetenz sein soll (vgl. Markard 1991 b). *Ein Versuch, dem entgegenzuwirken, ist die Formulierung übergreifender Basiskompetenzen, deren Problematik an einem einzigen Beispiel erläutert werden soll: So wurde als eine Basiskompetenz formuliert: »Entwicklung einer Diskriminationsfähigkeit für Probleme, die mit psychologischem Wissen und Handeln zu bewältigen sind«* (a.a.O., 112). Diese Anforderung an individuelle Qualifikation geht an dem Umstand vorbei, daß sich gerade über die Frage, *was* denn mit psychologischen Mitteln bewältigt werden kann, die konkurrierenden Schulen streiten. Es geht dabei nämlich um eine ungeklärte Grundfrage der Psychologie: ob bzw. wie psychische Sachverhalte als mit den je gegebenen, konkret-historischen Lebensverhältnissen vermittelt gedacht werden und welche Bedeutung und Funktion psychologischer Intervention entsprechend zugemessen wird, die ja in der Regel an diesen Verhältnissen kurzfristig so gut wie nichts ändern kann.

Man sieht übrigens an dem Beispiel auch, wie eminent praktisch die scheinbar nur akademischen Kontroversen der Psychologie sind. Was hier nämlich geschieht, ist, daß ungelöste Probleme der Psychologie den Psychologen über individuelle Kompetenzanforderung zur individuellen Lösung überlassen werden – wen wundert es dann noch, daß »Burnout« die Existenzweise vieler Psychologinnen und Psychologen ist?

Dieser Gedanke leitet auch über zum zweiten globalen Gesichtspunkt für unsere Einschätzung der Lage der Psychologie, der sich ergibt, wenn man die Problematik der Psychologie nicht nur *binnenwissenschaftlich* thematisiert, sondern das Fach nach seiner *Funktion in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen* bezieht, eine Frage, die seinerzeit vor allem von der Studentenbewegung forciert wurde. Unter dem Stichwort der »Relevanz der Psychologie«, wie sie Holzkamp (1970) wissenschaftstheoretisch problematisiert hatte, ging es dabei auch um den Einbezug der Psychologie in gesellschaftliche Repressions-, Selektions- und Befriedungsstrategien, um die – in der Terminologie der italienischen Anti-Psychiatrie (Basaglia & Basaglia-Ongaro 1975) – nach wie vor akute Frage nach den »Befriedungsverbreche(r)n« der Psychologie.

Die Spannweite der Positionen sei an Zitaten aus dem Jahre 1968 knapp skizziert: Auf der einen Seite wurde als Gegenstand der Psychologie bestimmt: »Manipulation des Menschen durch den Menschen, ... die Perpetuierung von Ideologie«. Oder: »Die Psychologie war und ist immer ein Instrument der Herrschenden... Es gibt keine revolutionäre Psychologie! Zerschlagt die Psychologie!« Eine ganz und gar gegensätzliche Position wird an folgendem Zitat deutlich: »Wir sind so vermessen, den Psychologen eine wichtige Rolle in den Gesellschaft zuzuweisen. (...) Die Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten menschlichen Verhaltens erlaubt es den Psychologen aufzuweisen, wie die Gesellschaft verändert werden muß, um ihren Mitgliedern optimale Entfaltungsmöglichkeiten zu sichern.« PsychologInnen changieren – mit den Worten unseres PI-Kollegen Peter Mattes zwischen »Söldnern der Unfreiheit« und »Partisanen der Freiheit« (unveröffentlichtes Manuskript).

Was immer man von diesen Vorstellungen halten mag – für die Entwicklung der Psychologie an der FU Berlin wurde jedenfalls bedeutsam, was Klaus Holzkamp später einmal so formulierte: Wissenschaft ist »ein prinzipielles Gegen-den-Strom-Schwimmen, dabei vor allem auch gegen den Strom der eigenen Vorurteile, und ... gegen die eigenen Tendenz zum Sich-Korrumpieren-Lassen und Klein-Beigeben gegenüber den herrschenden Kräften, denen die Erkenntnisse gegen den Strich gehen, die ihren Herrschaftsanspruch gefährden könnten. Demnach ist Wissenschaft als solche Kritik und Selbstkritik: aber nicht die konkurrenzbestimmte profilierungssüchtige Kritik vieler bürgerlicher Intellektueller, sondern eine Kritik zur Durchsetzung des menschlichen Erkenntnisfortschritts im Interesse aller Menschen gegen die bornierten Interessen der Herrschenden an der Fortdauer menschlicher Fremdbestimmung und Unmündigkeit.« (1983, 163f.)

In dem Maße, in dem der in diesem Zitat zum Ausdruck kommende Zusammenhang von Wissenschafts- und Gesellschaftskritik seinerzeit in die Diskussionen am Psychologischen Institut der FU einging, regte sich auch Widerstand gegen diese Entwicklung. Bald waren die Konservativen die Diskussionen um Inhalt und Funktion der Psychologie oder gar um Ansätze zu ihrer inhaltlichen Veränderung und kategorialen Neubegründung, in der die Kritik der Psychologie zu einer Kritischen Psychologie transformiert werden sollte, ziemlich satt. Zu ihrem Leidwesen war diese – theoretische – Entwicklung nicht nur von handlungsforschungsartiger Praxis (etwa Schülerladen »Rote Freiheit«) begleitet, sondern sie nahm auch in dem Sinne praktische Formen an, daß institutionskritische Überlegungen angestellt (und – *horribile dictu* – ausprobiert [!]) wurden, wonach kritische Wissenschaft demokratische Universitäts-Strukturen braucht wie die Luft zum Atmen (die doch noch ziemlich von altem Muff verpestet war). Die etabliert bleiben Wollenden setzten dann schauernd die Neugründung eines Instituts durch, sahen sich wie die Trojaner in einer brennenden Stadt, päckten sich ihre Penaten, also ihre Hausgeister, und gingen, wie der schon einmal erwähnte Lewin sagen würde, »aus dem Felde«, d.h. in ein für sie abgespaltenes, neu gegründetes Institut, das »Institut für Psychologie« (IfP), das auch in einem anderen Fachbereich angesiedelt wurde.

Damit kommen wir zum zweiten Teil, der sich – unter Bezug auf die Geschichte der FU-Psychologie – mit dem Verhältnis der Wissenschaft Psychologie und den ihr angemessenen universitären Formen befaßt.

## II.

Salopp formuliert, sollte an dem übrig gebliebenen Institut nun der Versuch gestartet werden, die Kritik der Studentenbewegung auch als eine bestimmte Wissenschaftspraxis umzusetzen – durchaus gegen das bürgerlich-gesellschaftliche Umfeld und in Auseinandersetzung mit jener umstrittene Disziplin Psychologie, die auch damals schon solchen Versuchen nicht gerade geneigt gegenüberstanden.

Wie sieht nun diese demokratische Wissenschaftspraxis am PI aus? Warum ist sie gerade für Studierende so erhaltenswert? Dies soll an drei der sog. PI-Essentials dargestellt werden.

### 1. Tutorienmodell

Alle Bestrebungen, die ungelösten Krisen und Widersprüche der Psychologie dadurch zu vereindeutigen, daß man versucht, die eigene Auffassung als für das Fach verbindlich durchzusetzen, sind, wie gesagt, letztlich wissenschaftsfeindlich. Die ideologische Form, in der das geschieht, ist, das institutionell *Übliche* zum *Standard* zu erheben bzw. zu verkehren (im übrigen in Verkenning und Verleugnung internationaler gegenläufiger Tendenzen). Eine demokratische Wissenschaftspraxis macht es im Gegensatz dazu erforderlich, die Psychologie innerhalb der Universität sowohl im Lehr- als auch im Lernbetrieb als *plurale* Wissenschaft zu entfalten, um ein Klima zu ermöglichen, in dem die historisch unerledigten Kontroversen des Faches im Studium zur Geltung kommen können. Ein Studium nach ›Kanon‹, in dem als sogenanntes ›Grundwissen‹ definierte Inhalte nacheinander abgehakt werden müssen, steht dem diametral entgegen. Eine curriculare Durchstrukturierung des Faches muß nämlich zu Vereindeutigungen zugunsten bestimmter Positionen führen, wobei andere herausfallen. Sie stellt sich den Studierenden als fremdbestimmte Synthetisierung bzw. eben auch Eliminierung unterschiedlicher Psychologie-Richtungen dar, mit deren damit nicht aufgehobener Widersprüchlichkeit sie dann weitestgehend allein gelassen werden.

Eine curriculare Durchstrukturierung des Studiums steht auch quer dazu, daß die Pluralität psychologischer Positionen *authentisch* vorgetragen werden kann. Lehren und Lernen im Sinne demokratischer Wissenschaftspraxis erfordert darüber hinaus auch institutionell und studienorganisatorisch den Raum, daß sich die Studierenden, bei denen es sich ja immerhin um Erwachsene handelt, *eigenverantwortlich* mit psychologischen Inhalten auseinandersetzen können. Das allgemein übliche Lehren und (Auswendig-)Lernen nach Lehrbuch ist solch einer selbständigen Auseinandersetzung gegenüber kontraproduktiv. In diesem Sinne »expansive« Formen des Lernens (Holzkamp 1993) bestehen nicht nur in einigen Seminaren des PI, sondern auch innerhalb des im PI entwickelten sog. Tutorienmodells.

Tutorien im Rahmen dieses Modells zeichnen sich zunächst dadurch aus, daß die inhaltliche Definition der Stellen von einer breiten Instituts-Öffentlichkeit der Studierenden und Lehrenden auf einer sogenannten Tutorienkonferenz vorgenommen wird. Auch bei der Besetzung der Stellen besteht für alle Interessierten – genauer gesagt für diejenigen, die bei allen Hearings anwesend waren – die Möglichkeit, nach einem basisdemokratischen Prinzip die Entscheidung zu beeinflussen. Studierende können so einen Teil der Lehr- und Lerninhalte ihres

Studiums in Eigenverantwortung bestimmen. In vielen Fällen kommt es dabei zu produktiven Arbeitszusammenhängen zwischen TutorInnen und bestehenden Arbeitsbereichen des PI. Die TutorInnen sind jedoch inhaltlich in keiner Form an einen Professor / eine Professorin gebunden, sondern können sich einem der Arbeitsbereiche des Instituts zuordnen, wenn sie es wollen.

Diese relative Autonomie der Tutorien macht Lehrveranstaltungen von Studierenden höherer Semester für Studierende des Grundstudiums möglich, die nicht außerhalb des »normalen« Lehrbetriebs stehen, aber dennoch Inhalte bearbeiten können, die von der akademischen Psychologie ausgespart oder ausgespart werden – oder auch schlicht durch Veranstaltungen der Lehrenden des PI nicht »abgedeckt« sind. Studierende können sich hier in relativ kleinen Gruppen anhand von Originalliteratur eigenverantwortlich mit verschiedenen psychologischen Theorien und Richtungen auseinandersetzen. Besonders zu Beginn des Studiums bietet diese minimal hierarchisch strukturierte Form des Lehrens und Lernens eine einmalige Gelegenheit zu ausgedehnten Diskussionen. Sie stellt – jenseits curriculärer Vereindeutigung – eine wichtige Orientierungshilfe innerhalb der Unübersichtlichkeit des Faches dar und ermöglicht es den Studierenden, sich eigene Standpunkte innerhalb der Kontroversen des Faches zu erarbeiten, von denen aus eine weitere Auseinandersetzung mit der Disziplin stattfinden kann. Dies ist ein wichtiger Beitrag dazu, daß die Psychologie in der für sie charakteristischen Uneinheitlichkeit studierbar wird.

In diesem Sinne stellen Tutorien einen – von den Standardisierern und Vereindeutigern gefürchteten und bekämpften – Bestandteil demokratischer Wissenschafts- und Studienpraxis dar.

Allerdings: Durch die hochschul- und institutspolitischen Veränderungen der letzten 1½ Jahre beginnt auch diese Praxis des PI brüchig zu werden. Das hat – neben einer *ökonomischen* Bedrohung der Tutorien – mindestens zwei wissenschaftspolitische Ursachen. Zum einen wirkt hier der sich generell erhöhende Druck auf Studierende durch Reglementierungsmaßnahmen wie die Festsetzung von Regelstudienzeiten. Zum anderen verändert sich das Klima auch innerhalb des Instituts – im Zuge der bevorstehenden bzw. sich vollziehenden Zusammenlegung und infolge beharrlicher Diffamierung von »PI-Inhalten« als »nicht üblich« oder »nicht standardgemäß«. Allein die Vorstellung, sich demnächst bei »IfP-Profis« ein sog. Überblickswissen abprüfen lassen zu müssen, führt dazu, daß Studierende des PI anfangen, sich am IfP-Angebot – am vermeintlich unvermeidlichen Standard (d.h. hier dem inhaltlich Provinziellen) – zu orientieren. Sie glauben keine Zeit mehr zu haben für Extras, die bis vor kurzem zum »normalen« Grundstudium des PI gehörten: Ehe man sich's versieht, setzt sich das institutionell Übliche durch.

## 2. Demokratische Entscheidungsstrukturen

Da eine Wissenschafts- und Lehrauffassung, die der herrschenden Praxis entgegensteht, sich nicht von alleine entfaltet, bedarf sie einer entsprechenden hochschulpolitischen Sicherung. Es müssen universitäre Formen geschaffen bzw. da, wo sie etabliert werden konnten, erhalten werden, die wissenschaftliche Streitkultur fördern und Ausgrenzungstendenzen, Abqualifizierungen und entsprechender Personalpolitik vorbeugen. Voraussetzung dafür sind Organisations- und Mitbestimmungsformen, die es allen Beteiligten ermöglichen, ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und zu demokratischen Entscheidungen beizutragen.

Organisationsformen, in denen eine Interessengruppe sich für die Meinung der anderen nicht einmal interessieren muß, um Entscheidungen fällen zu können, fördern einen derartigen diskursiven Umgang nicht gerade. Im Gegenteil, autoritäre, starre und monolithische Auffassungen von Wissenschaft und undemokratische Universitätsstrukturen sind zwei Seiten einer Medaille. Demokratische Entscheidungsstrukturen sind also im Sinne einer demokratischen Entfaltung von Wissenschaft unerlässlich. Oftmals ermöglicht erst ein damit mögliches Aufbrechen festgefügtter Studierende-contra-Lehrende-Fronten inhaltliche Auseinandersetzungen um die Sache.

Seit dem Karlsruher Verfassungsgerichtsurteil von 1974 – das eine absolute Professorenmehrheit in allen universitären Selbstverwaltungsgremien vorsieht – sind demokratische Umgangsformen weitgehend von dem Wohlwollen bzw. dem demokratischen Selbstverständnis derer abhängig, die per Gesetz Entscheidungen monopolisieren können. Ein derartiges Selbstverständnis ist schwer institutionalisierbar, dennoch gab und gibt es am PI einige Versuche, zumindest die Möglichkeiten des vernünftigen Umgangs miteinander strukturell abzusichern: Es existiert ein lehrveranstaltungs-freier ›Gremientag‹, der vor allem Studierenden den Raum gibt, sich überhaupt zu organisieren und ihre Interessenvertretung in instituts- und wissenschaftspolitischen Entscheidungen zu realisieren. Weiterhin gibt es eine Tradition der Institutstage und -vollversammlungen, auf denen statusgruppen-übergreifend Raum für Grundsatzdiskussionen und Meinungsbildungsprozesse besteht. In jedem Fall sind dies jedoch Vereinbarungen, die auf informellen Zugeständnissen von Seite der ProfessorInnen basieren und als solche relativ instabil sind. Vor allem in den letzten Jahren variierte der Grad der Durchsetzungskraft mit dem Grad der Organisation der StudentInnen.

## 3. Projektstudium

Unter dem Stichwort »gesellschaftliche Relevanz der Psychologie« sind schon Widersprüchlichkeiten in Inhalt und Funktion der Psychologie angesprochen worden. Dabei wurde das grundsätzlich problematische, in der Psychologie

aber zum (methodologischen) Bruch verschärfte Verhältnis von Theorie und Praxis angedeutet, ein Umstand, der auch im traditionellen Bruch zwischen Grund- und Hauptstudium zum Ausdruck kommt: Folge des Umstands daß die – das Grundstudium dominierende – akademische Psychologie faktisch kaum etwas zur theoretischen Fundierung psychologischer Praxis beizutragen hat. Insofern ist die berufsqualifizierende Dimension der universitären Ausbildung, deren Beitrag zur Vorbereitung auf *theoretisch* ausgewiesene *psychologische Praxis*, also höchst fraglich.<sup>3</sup>

Die Vorstellung, Psychologen könnten und sollten individuelles Leiden unter Ausklammerung der Bedingungen, aus deren Berücksichtigung es verständlich wird, bewältigen, ist Folge einer Abstraktheit und Konkretheit verkehrenden Gegenstandsverständnisses der Psychologie, das von den konkreten Lebensumständen der Menschen abstrahieren zu können und psychische Funktionen losgelöst davon begreifen zu können meint. Die damit ungelöste Problematik des konkret-historischen Mensch-Welt-Zusammenhangs wird so auf die praktizierenden Psychologen abgewälzt, die damit insofern »allein gelassen« werden (Holzkamp 1988), als sie mit den konkreten Problemen psychologischer Berufstätigkeit umgehen müssen, auch wenn ihnen die akademische Psychologie dabei keine Hilfe ist.

Laut Studienordnung müssen die Studierenden einen relativ großen Studien-Anteil an praktischer Tätigkeit nachweisen, um sich zum Diplom anmelden zu können. Diese Praxis steht jedoch meist völlig unvermittelt neben dem Studium – und sie wird oft in den Semesterferien absolviert.

Das am PI entwickelte Projektstudium stellt insofern den Versuch einer Verbindung von Theorie und Praxis, von Studium und Berufswelt, dar, als die erfahrenen konkreten Probleme psychologischer Praxis an die Universität zurückgetragen werden können. Studierende können während 1 bis 1½ Jahren in einem der Ausbildungs-Projekte studieren und parallel dazu in mit der Uni kooperierenden Institutionen Praktikum machen. Aus der Universität heraus kann so ein Einblick in die unterschiedlichsten Praxisfelder gewonnen werden. Das Studieren in Projekten hat für Studierende den Vorteil, parallel zum Praktikum eine Reflexionsmöglichkeit ihrer subjektiven Erfahrungen zu haben; andererseits bietet die systematische Reflexion dieser Erfahrung die Gelegenheit, Theorie an der Universität dahingehend weiterzuentwickeln, daß sie bei der Bewältigung psychologischer Praxis hilfreich ist (vgl. z.B. Fahl & Markard 1993). Psychologische Theorie soll an der konkreten Praxis meßbar, und die konkret erfahrenen psychologische Praxis sollen mit Hilfe von Theorie bewertbar bzw. überhaupt erst durchdringbar werden. Die gesellschaftlichen Erwartungen an die Psychologie und ihr Verhältnis zu deren realen Möglichkeiten können problematisiert und so die Möglichkeiten und Grenzen psychologischer Praxis abgesteckt werden. Theorie kann hier ihre kritische Funktion insofern bewahren, als die Pragmatik der unmittelbaren Alltagsbewältigung nicht zum

alleinigen Maß des psychologischen Handelns wird. Grundlage dieser Konzeption ist die Einsicht, daß Praxisrelevanz ohne die Dimension der Gesellschaftskritik im Befriedungsverbrechen (s.o.) endet.

### III.

Die wissenschaftspolitischen und ausbildungsbezogenen Überlegungen und Praxisformen, die im PI im Laufe seiner Entwicklung hervorgebracht und hier in aktuellen Beispielen vorgestellt worden sind, mußten allerdings gegen massive Widerstände von außen durchgesetzt werden. Von Beginn an wurde von außen in die Praxis des PI eingegriffen.

Das der Spaltung sich verdankende IfP wurde im Laufe der Zeit, was Stellen angeht, besser ausgestattet, wohingegen es immer wieder zu massiven Stellenstreichungen im PI kam. Auf diese Weise entwickelte sich das IfP vom Mini-Institut zum größeren der beiden Institute. Dank der hervorragenden Kooperation zwischen konservativer Universitätsleitung und Wissenschaftssenat ging außerdem seit Anfang der 80er Jahre nicht bei einer einzigen Professur am PI der Ruf an die/den Erstplazierte(n), was – da kritische WissenschaftlerInnen nicht gerade eine Massenerscheinung sind – das Profil des PI maßgeblich beeinflusste. Es kam auch mehrfach zu Versuchen einer Zwangs-Wiedervereinigung der beiden Institute, die aber durch Streiks und Protestaktionen beantwortet und verhindert wurden – dies nicht nur, weil eine andere Vorstellung vom Gegenstand der Psychologie auch bei den Studierenden zu einer Auseinandersetzung mit den für sie relevanten Arbeitsbedingungen führte, sondern vor allem, weil es für Studierende evident war, daß die Möglichkeiten der andersartigen Auseinandersetzung mit Wissenschaft, Studium und Lernformen es wert waren, verteidigt zu werden. Insofern wurden auch die Versuche der stellenbezogenen und inhaltlichen Austrocknung die langfristig wirksamsten Angriffspunkte für die Gegenseite.

Der vor dem jetzigen Versuch letzte Anlauf, durch Druck von außen diesem ›Sumpf‹ auszutrocknen, scheiterte mit dem Uni-Streik 88/89 bzw. am Regierungswechsel zur rot-grünen Koalition. (In den wenigen Tagen zwischen der Abwahl der alten Regierung und dem Amtsantritt der rot-grünen Koalition wurde noch schnell eine ganze Reihe von vorher verschleppten Berufungen durch den konservativen Wissenschaftssenator ausgesprochen, um zu verhindern, daß unter der neuen Koalition unliebsame Erstplazierte [wie am PI bspw. Frigga Haug] berufen werden könnten; beim PI handelte es sich um zwei Stellen – dies war auch das letzte Mal, daß dem PI überhaupt die Besetzung einer Professur zuteil wurde.)

In jahrelangen zähen Verhandlungen war es andererseits möglich geworden, eine gemeinsame neue Studienordnung zu entwickeln, die sich durch eine außergewöhnliche Breite auszeichnet, in der sozusagen jeder seine Positionen

wiederfinden konnte und die keine Vereindeutigung bzw. Festnagelung auf ein bestimmtes, traditionell-provinzielles Verständnis der Psychologie enthielt.

Andererseits wurde diese neue Studienordnung mit der Regelung verbunden, daß sich jeder Studierende weitestgehend in dem Institut prüfen lassen müsse, wo er seinen Studienplatz habe; dies sollte die Kanalisierung der Studentenströme ermöglichen, da zuvor beispielsweise in einem Jahrgang 105 Diplome am PI, am IfP aber nur ganze 5 (fünf) erworben worden waren. Die gemeinsame Studienordnung bietet zwar die Grundlage für eine Durchlässigkeit zwischen den beiden Studiengänge an PI und IfP. Offensichtlich aber hatte das IfP Schwierigkeiten mit der Vorstellung, daß immer noch viele ihrer Studierenden ihr Studium lieber am PI absolvieren wollten – so errichteten seine Vertreter eine Art Schutzwall willkürlicher (Nicht-) Anerkennung von Leistungsnachweisen des PI und schafften die Durchlässigkeit zwischen den beiden Instituten faktisch ab.<sup>4</sup> (Das ist ein apartes, IfP-gemachtes, sozusagen hausinternes FU-Problem, da PI-Studierende anderweitig keine Probleme mit der Anerkennung ihrer Scheine haben. Umgekehrt gab es seitens des PI keinerlei Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Scheinen, die am IfP erworben wurden.) Wichtig ist übrigens festzuhalten, daß es – ganz im Unterschied zu den inhaltlichen Regulations- und provinziellen Standardisierungsversuchen aus dem IfP – seitens des PI nie den Versuch gab, Inhalte, Profile o.ä. des IfP in ihrer institutionellen Existenzberechtigung formal infrage zu stellen.

Zu den Grundlagen für die Nicht-Anerkennung von Scheinen gehört für das IfP seine idiosynkratische Auslegung der Studienordnung, mit der deren oben genannte Breite an Möglichkeiten wieder zurückgenommen wird.

Als Beispiel seien hier kurz die sogenannten Empirischen Praktika genannt, die Pflichtveranstaltungen im Grundstudium sind, und in denen die Studierenden die Gelegenheit erhalten, das in der Methodenausbildung zu Lernende empirisch-praktisch anzuwenden. Im IfP wurde dies so interpretiert, daß die *empirischen* Praktika in einer einschlägigen Praktikumsordnung zu *experimentellen* Praktika vereindeutigt wurden, übrigens in einem solchen Maße, daß die beiden Methodenvertreter des IfP im vorigen Jahr gar nicht mehr wußten, daß die Veranstaltungen laut Studienordnung nicht »Experimental-« sondern »Empirische Praktika« heißen, die neben Experimenten eben auch Interviewtechniken, Beobachtungen, Inhaltsanalysen, Untersuchungen im Stile Piagets usw. vorsehen.

Solange die Studierenden *Wahlfreiheit* haben, ist es natürlich zu begrüßen, wenn Empirische Praktika als Experimentalpraktika angeboten werden – problematisch ist der Fall dann, wenn Experimentalpraktika sozusagen universalisiert, für *alle* Studierenden in Einschränkung ihrer Möglichkeiten verbindlich gemacht werden.

Der Versuch einer moderaten, konsensualen Weges zur Durchlässigkeit zwischen den beiden Studiengängen von IfP und PI scheiterte in der Zeit nach der Verhinderung einer Zusammenlegung der Institute an der – man muß wohl sagen – Panik von IfP-Vertretern, damit ihr straff organisiertes Studium nicht halten zu können und plötzlich ohne Studierende dazustehen, in der Lehre mit Leere konfrontiert zu sein: So werden also weiterhin die Scheine des PI überall und an allen Universitäten anerkannt, nur nicht am IfP.

Der nunmehr erfolgreiche Fusions-Versuch setzte wieder auf politischen Druck, konnte jedoch auch ebenso auf die inzwischen desolate Stellensituation des PI bauen wie auf die allgemein katastrophale hochschulpolitische Umstrukturierung in Berlin.

Erstmals lag hier aber die Universitätsleitung nicht umstandslos auf gleicher Linie mit dem politischen Senat, sondern sie versuchte, einerseits dem Druck der konservativen Politik und Presse zu folgen und damit ihre »Reformfähigkeit« unter Beweis zu stellen; gleichzeitig setzte sie sich aber dafür ein, die inhaltliche Vielfalt der FU-Psychologie zu erhalten. Dabei schien sie sich allerdings nicht hinreichend darüber im Klaren zu sein, daß ein Erhalt von Wissenschaftsvielfalt und spezifischen Lernformen, wie sie das PI repräsentiert, ohne einen entsprechenden institutionellen Rahmen unmöglich ist. Dem Protest der Studierenden im Sommerstreik 1993, der aus der Einsicht in diesen Zusammenhang entstanden war, wurde einerseits mit good-will-Erklärungen begegnet, andererseits wurde die Zustimmung zur Fusion mit der Ankündigung erpreßt, daß andernfalls keine einzige Stelle mehr im PI besetzt werden würde.

Das nach langen und zähen Verhandlungen und Revisionen zustande gekommene Fusions-Modell sieht u.a. vor: Vom Sommersemester 1995 an werden vorübergehend, für 2½ Jahre, 6 (sechs) Institute in dem Fachbereich, in dem das IfP angesiedelt worden war, gebildet, die dann bis 1997 wieder zu »höchstens« 3, (vielleicht also auch wieder 2 [zwei]) Instituten (aber dann eben in *einem* Fachbereich und einem Studiengang) »zu konzentrieren« sind (Kuratoriumsbeschluß). Die Institute (Wissenschaftlichen Einrichtungen) haben folgende Bezeichnungen:

- Institut für Allgemeine Psychologie, Biopsychologie und Kognitionspsychologie,
- Institut für Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie und Methoden der Psychologie,
- Institut für Klinische Psychologie, Psychologische Diagnostik und Gemeindepsychologie,
- Institut für Arbeits-, Organisations- und Gesundheitspsychologie,
- Institut für Pädagogische Psychologie und Medienpsychologie,
- Institut für Kritische Psychologie.<sup>5</sup>

Die anfängliche Zahl der Institute soll eine institutionelle Voraussetzung zur Konsolidierung der unterschiedlichen Ansätze und zum Erhalt der inhaltlichen Vielfalt der Psychologie bieten. Diejenigen, die diesen Zwischenschritt gegen erbitterten Widerstand aus dem IfP durchsetzen konnten, konnten sich auf verschiedene Absichts- bzw. Garantie-Erklärungen berufen:

- So heißt es in der Begründung des Präsidenten der FU für die Neustrukturierung der Psychologie vom 1.07.1993: »Diese Neugliederung berücksichtigt, daß auch das Fach Psychologie von Spannungen und Kontroversen zwischen theoretischen und methodologischen Paradigmen gekennzeichnet ist und seine wissenschaftliche Innovationskraft auch daraus

bezieht. Aus diesem Grunde soll gewährleistet werden, daß die bisherigen Eigenheiten, die unterschiedlichen konfligierenden Positionen und Ansätze in den beiden bisherigen Instituten nicht eingeebnet, sondern im künftigen neuen institutionellen Rahmen bewahrt bleiben.«

- Im Bericht der LHSK vom 24.6.92, in dem das »breite thematische und theoretische Spektrum der Berliner Psychologie« als »wissenschaftlich Vorteil« angesehen wird, ist von »sehr erwünschter Schwerpunktbildung in der Forschung«, »notwendiger Profilierung in der Lehre« und der Notwendigkeit eines »pluralen Verständnis(es) der wissenschaftlichen Psychologie« die Rede.
- Im »Positionspapier der Freien Universität für die Landeshochschulstrukturkommission zur Vorbereitung eines Hochschulstrukturplanes des Landes Berlin«, das der Akademische Senat der FU am 21.10.92 zustimmend zur Kenntnis genommen hat, wird die Notwendigkeit der »Wahrung der fachlichen Pluralität« der Psychologie bei deren Neustrukturierung an der FU hervorgehoben.

Die Glaubwürdigkeit dieser Absichtserklärungen soll keineswegs angezweifelt werden. Bezogen auf die besonderen Lehr- und Lernformen des PI machen sie auch schon deshalb Sinn, weil das PI in seiner durchschnittlichen Studiendauer das ›zweitschnellste‹ Institut der BRD ist und eine Abschlußquote von über 100% hat – im Gegensatz zu etwa 40% am IfP. (Besonders eindrucksvoll sind diese Zahlen, wenn man weiß, daß die meisten Studierenden des IfP direkt vor den Prüfungen ›aussteigen‹.)

Der Pferdefuß der Fusion liegt auch in den Details bzw. den Umsetzungsmodalitäten.

1. Eines der Essentials des im Akademischen Senat (03.11.1993) und im Kuratorium (10.12.1993) der FU beschlossenen Fusionsmodells ist die Absicherung der Kritischen Psychologie durch eine C3-Professur<sup>6</sup>, deren Ausschreibung allerdings bislang verhindert wurde. Der bislang letzte Versuch der Freigabe der Stelle scheiterte im Februar 1995 (!), vor allem auf Betreiben des IfP-Vertreters Schönplüg, im Akademischen Senat, der sich damit als schlicht wortbrüchig erwies. Selbst wenn im Sommersemester ein Wiederaufnahmeantrag im Akademischen Senat erfolgreich sein sollte: Die Konservativen wissen: Je länger die Freigabe der Stelle verzögert werden kann, desto wahrscheinlicher gerät diese Stelle in die Mühlen verschärfter Sparmaßnahmen.
2. Unter Verweis auf die – nicht einmal freigegebene – C3-Stelle für Kritische Psychologie soll seit Januar 1995, ohne daß dies jemals in den Fusionsverhandlungen thematisiert worden wäre, eine C2-Zeit-Stelle für Projektstudium und qualitative Methoden (derzeit noch von Morus Markard besetzt) Ende 1995 gestrichen werden, womit das Ausbildungsprojekt der Kritischen Psychologie eliminiert wäre (nachdem zuvor eine

andere Stelle aus diesem Projekt schon zu Streichung freigegeben worden war), allen Versicherungen über Bedeutung, Sinn und Erhaltungsnotwendigkeit des Essentials »Projektstudium« zum Trotz.

3. Wie problematisch eine wissenschaftliche Pluralität ohne entsprechende institutionelle Voraussetzungen ist, zeigte sich bald auch in anderen Auseinandersetzungen, die den Beschlüssen zur Psychologie-Fusion folgten, und in denen dort enthaltene Absicherungen von Inhalten und Lernformen in konkrete Formen gebracht werden sollten. Es zeigt sich hier schnell, daß manche der Zusicherungen der zentralen Universitäts-gremien in den Kompetenzbereich des Fachbereiches gehörten, der – zumindest in seiner alten Zusammensetzung – die beispielhaft skizzierten Verengungen und Vereindeutigungen des IfP seit 20 Jahren mitgetragen hat. So sollten die Tutorien des in den Beschlüssen der zentralen Universitätsgremien als erhaltenswert aufgeführten Tutorienmodells aus dem allgemeinen Lehrangebot der Psychologie herausgenommen werden, um sie so zu beliebigen Arbeitsgruppen gleichzusetzen (was allerdings scheiterte). Erstaunlich heiß umkämpft war auch die Frage, ob die einführende Orientierungswoche für Erstsemester, wie am PI (und übrigens auch in der Psychologie der Berliner Technischen Universität) üblich, von zwei *TutorInnen* durchgeführt werden können, oder ob zusätzlich dazu, daß sich die Lehrenden dort vorstellen, ein Wissenschaftler als Kontrolleur freigestellt werden sollte. Dahinter steckte wohl eine Art »primacy-effect«-Angst, die Studierenden könnten in den ersten Tagen derartig politisiert und gegen die VertreterInnen des psychologischen mainstream »aufgehetzt« werden, daß der Schaden in der Regelstudienzeit von 9 Semestern nicht wieder gutzumachen wäre.

Auf diese Weise bestätigten Vertreter des IfP durchaus eindrucksvoll Befürchtungen, die mit der Aufkündigung des einheitlichen institutionellen Rahmens des PI und seiner Fachbereichseinbettung verbunden waren. Es zeigte sich hier, daß für ein Studium, wie es im IfP organisiert ist, und in dem die Sozialisation der Studierenden vorrangig über die Angst vor den auf Überblickswissen und inhaltliche Flachheit angelegten Prüfungen organisiert wird, die Existenz jeglicher Alternative in Inhalt, Lern- und Prüfungsformen und allgemeinem Umgang miteinander als Bedrohung erlebt wird, die mit entsprechender Energie bekämpft wird.

Die gegenwärtig generelle quantitative *Reduzierung* und restaurative Umstrukturierung der Universitäten legt ohnehin die Eliminierung systemkritischer Positionen aus der Universität nahe. Die Rede vom Sparzwang ist das ideologische Schmiermittel zur Ersetzung von Hochschulpolitik durch Ökonomie. Kritik muß so nicht einmal diffamiert werden, man braucht alternative Ansätze nur als leider nicht mehr finanzierbare Girlanden, als leider nicht mehr tragbaren Luxus, auf den man nun bedauerlicher verzichten müsse, zu charakterisieren, um

eine gewisse Zustimmung zu organisieren. So wandelt sich, eine typisch ideologische Figur, das *Etablierte* zum Notwendigen, die Kritik zum Luxus.

In diesem Zusammenhang zeigt sich deutlicher, was möglicherweise der Modellcharakter der Abwicklung kritischer Wissenschaften unter »liberalen« Vorzeichen sein kann: Der Sparzwang »erzwingt« auch die Rücknahme eines Teils der formal gegebenen Garantien (>Haushaltsvorbehalt<), und schließlich kann sich – allen Gipfel-Garantie-Erklärungen zum Trotz – auf der Ebene des *Fachbereiches* jener wissenschaftspolitische Sozialdarwinismus durchsetzen, durch den das gesellschaftlich Genehme zum einzig Zugelassenen wird.

Vielleicht gegen uns, gewiß aber nicht mit uns!

### Anmerkungen

- 1 Aktualisierter und überarbeiteter Vortrag beim BdWi Berlin, Cafe PAZ, 01.11.1994
- 2 Zum Verständnis der gegenwärtigen wissenschaftspolitischen Gesamtsituation sind u.E. die Analysen von Bultman (1993) sehr aufschlußreich.
- 3 Die damit verbundene Entwertung des Diploms ist auch deswegen problematisch, weil in solche öffentlich-universitären Ausbildungs->Lücken< private Fortbildungs-Anbieter springen, deren Seriosität keineswegs mit ihren Preisen korreliert.
- 4 Manchen Lehrenden (und vor allem Prüferinnen und Prüfern) des PI kam aus reinen Belastungsgründen natürlich nicht ganz ungelegen.
- 5 Das Institut für Kritische Psychologie enthält die Arbeitsbereiche »Feministische Psychologie«, »Geschichte der Psychologie« und »Kritische Psychologie«.
- 6 Im Zuge der Emeritierung von Klaus Holzkamp war dessen C4-Stelle mit Zustimmung der Professorenschaft des PI (!) für eine PI-Methodenstelle verwendet wurde, deren Besetzung allerdings seit Jahren durch das IfP (!) erfolgreich torpediert wird, weil dort der Listenerste unerwünscht ist. Man hofft jetzt auf die Möglichkeit der Neudefinition und -ausschreibung der Methodenprofessur durch das neue Institut für Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie und Methoden der Psychologie.

### Literatur

- Basaglia, F. & Basaglia-Ongaro, F. 1975. Befriedungsverbrechen. In: Basaglia, F. et al., Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt: EVA, 11-61
- Breuer, F. und Heeg, P. 1987. Geschehensverarbeitung und Handlungssteuerung des Therapeuten: Ziele im Behandlungsgespräch. In: Bergold, J.B. & Flick, U. (Hg.), Ein-Sichten. Zugänge zur Sicht des Subjekts mittels qualitativer Forschung. Tübingen: DGVT, 85-97
- Bultmann, T. 1993. Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. Die Hochschulpolitik am Wendepunkt. Marburg: BdWi-Verlag
- Fahl, R. & Markard, M. 1993. Das Projekt »Analyse psychologischer Praxis« oder: der Versuch der Bindung von Praxisforschung und Psychologiekritik. Forum Kritische Psychologie 32, 4-35
- Hentig, H. v. 1985. Aufgeräumte Erfahrung. Frankfurt/M.: Ullstein
- Herzog, W. 1984. Modell und Theorie in der Psychologie. Göttingen: Hogrefe
- Holzkamp, K. 1970. Zum Problem der Relevanz psychologischer Forschung für die Praxis. Psychologische Rundschau, 21, 1-22

- Holzcamp, K. 1983. Theorie und Praxis im Psychologiestudium, Forum Kritische Psychologie 12, 159-183
- Holzcamp, K. 1988. Praxis: Funktionskritik eines Begriffs. In: Dehler, J. & Wetzels, K. (Hg.), Theorie und Praxis in der Psychologie. Marburg: vsg, 15-48
- Holzcamp, K. 1993. Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/M.: Campus
- Koch, S. 1976. Language communities, search cells, and the psychological studies. In: Arnold, W.J. (Ed.), Conceptual foundations of psychology. Nebraska Symposium on Motivation, 1975, Vol. 23. Lincoln: University of Nebraska Press, 477-559
- Maiers, W. 1988. Sechzig Jahre Krise der Psychologie. Forum Kritische Psychologie 21, 23-82
- Maiers, W. 1992. »Natur« und Naturalismus in der Psychologie. Zum Mythos der »Naturwissenschaftlichkeit« im Selbstverständnis der herrschenden Psychologie und ihrer Kritik. Forum Kritische Psychologie 29, 23-55
- Markard, M. 1991 a. 1993'. Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden. Hamburg: Argument
- Markard, M. 1991b. Was heißt »Kompetenz« für die psychologische Berufstätigkeit? Forum Kritische Psychologie 28., 112-122
- Métraux, A., 1981. Zur Einführung in diesen Band. In: Kurt Lewin, Werkausgabe (hrsg. von C.F. Graumann), Bd 1. Bern: Huber, 19-45
- Velitschkowski, B.M. 1988. Wissen und Handeln. Kognitive Psychologie aus tätigkeits-theoretischer Sicht. Weinheim: VCH
- Weinert, F. 1969. Lehrt die Lernpsychologie Lehren? In: Irle, M. (Hg.) Bericht über den 26. Kongreß der DGfP, Tübingen 1968. Göttingen: Hogrefe, 53-58